

Vorbildlich erfüllte Verpflichtung

Erste Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft über Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft

Als die Delegiertenkonferenz der SED-Parteiorganisation Karl-Marx-Universität im April des vergangenen Jahres sich mit den Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler an unserer Universität und mit der noch unzureichenden sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiet befaßte, legte sie in ihrem Beschluß u. a. fest, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die sich mit den Auswirkungen der NATO-Politik auf die westdeutsche Landwirtschaft befaßt.

An der Jahreswende konnte diese sozialistische Arbeitsgemeinschaft, die von Dozent Dr. Gerhard Müller geleitet wird, das erste Ergebnis ihrer Arbeit dem Ersten Sekretär der Universitäts-Parteileitung, Genossen Joachim Böhm, überreichen. Es handelt sich um das mehr als 200 Schreibmaschinenseiten umfassende Manuskript für eine Broschüre zum Thema: „Die Stärkung der kapitalistischen Großbetriebe und die Ruinierung der werktätigen Bauern als Ziel der Agrarpolitik der Adenauer-Regierung.“ Damit hat die Arbeitsgemeinschaft den von ihr selbst gestellten Termin in vorbildlicher Weise eingehalten. Es ist ihr Beitrag zur Lösung der großen Aufgaben, die

heute vor uns stehen und in der Moskauer Erklärung der SI kommunistischen und Arbeiterparteien ihren berechten Ausdruck finden.

Bei den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft handelt es sich um junge Wissenschaftler des Instituts für Marxismus-Leninismus (Albert Amelang, Elissa Ludwig, Manfred Matthes, Werner Uhlig), des Instituts für Agrarökonomie (Günter Halbauer) und der Hochschule für Binnenhandel (Ruth Müllhowski, Hans Nuß), die in ihrer Dissertation bzw. Habilitationsschrift Einzelprobleme der westdeutschen Landwirtschaft untersuchen. An dem vorliegenden Manuskript arbeitete ferner Manfred Voigt, Oberassistent am Institut für politische Ökonomie mit.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich besonders mit den Widersprüchen bei der Einbeziehung der Landwirtschaft in die EWG, der Konzentration der Produktion und des Kapitals in den kapitalistischen land-

wirtschaftlichen Großbetrieben Westdeutschlands, der Ruinierung der werktätigen Bauern in Westdeutschland und mit dem Kampf der westdeutschen Bauern gegen Ausrüstung und gegen die Agrarpolitik der Adenauer-Regierung. Der vorliegende Entwurf der Broschüre soll jetzt in einem größeren Kreis von Wissenschaftlern diskutiert, und die Anregungen, Hinweise und Ergänzungen werden dann eingearbeitet.

Die gemeinsame Arbeit half den Mitgliedern, sich umfassendere Kenntnisse anzueignen und wichtige Grundlagen für die Problematik der Promotion bzw. der Habilitation zu erwerben.

Die gemeinsame Arbeit, die auch in Zukunft weitergeführt wird, schafft somit günstige Voraussetzungen für die Untersuchung der Einzelprobleme durch den einzelnen, hilft bei der schnellen und planmäßigen Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Um die höchsten Ziele des Menschengeschlechtes

Hochschulgruppe des Kulturbundes zur Moskauer Erklärung

Die Leitung der Hochschulgruppe des Deutschen Kulturbundes an der Karl-Marx-Universität in Leipzig begrüßt aufs wärmste die Erklärung der Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. Gleichzeitig fordert die Leitung der Hochschulgruppe ihre Mitglieder auf, auch weiterhin Wachsamkeit gegenüber den Machenschaften der imperialistischen Kriegstreiber zu bekunden und jede Gelegenheit zu benutzen, um sie öffentlich zu entlarven und anzuprangern. Darüber hinaus gilt es, mit aller Kraft für das die Geschichte der Menschheit bestimmende Programm der Sowjetunion einzutreten, das die totale Abrüstung aller Staaten des Erdballs fordert.

Die Moskauer Erklärung besitzt für uns überragende Bedeutung, weil sie nicht nur den nahe bevorstehenden Sieg der menschlichen Vernunft im sozialen Leben der Völker ver-

kündet, sondern weil sie auch den Triumph des Friedens über den Krieg, des Lebens über den Tod in der Gegenwart vorsieht.

Die Leitung der Hochschulgruppe des Deutschen Kulturbundes sieht es als ihre Ehrenpflicht an, der Partei der Arbeiterklasse bei der Erfüllung dieser großen geschichtlichen Mission im weltweiten Kampf um den Frieden voll und ganz zur Seite zu stehen. Die Moskauer Erklärung ist ein welthistorisch bedeutsames programmatisches Dokument, das die höchsten Ziele des Menschengeschlechtes anbelangt. Es geht nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die anderen fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft an. Die Hochschulgruppe empfiehlt deshalb allen ihren Mitgliedern, die Moskauer Erklärung mit besonderem Eifer zu studieren.

Die Leitung der Hochschulgruppe Leipzig des Deutschen Kulturbundes



Am 9. 12. 1960 wurde am Maritimen Observatorium der Karl-Marx-Universität in Zingst der Forschungskutter „Atar“ in Dienst gestellt. Die Länge des aus Holz gebauten Fahrzeuges beträgt 12,5 m, seine größte Breite 4 m. Ein 40 PS starker Dieselmotor gibt ihm eine Geschwindigkeit von rund 7 Knoten (13 km/h). Mit diesem Schiff verfügt die Karl-Marx-Universität erstmals über ein seetüchtiges Fahrzeug, das bei den vom Maritimen Observatorium Zingst in den Darsser Boddenengewässern und später in der westlichen Ostsee durchgeführten meereskundlichen Arbeiten eingesetzt wird. Außerdem dient der Kutter zu Ausbildungszwecken während der für Studierende der Geo- und Fischereiwissenschaften in Zingst durchgeführten meereskundlichen Praktika.

Schlusfolgerungen für eigene Arbeit

Mitarbeiter der Prorektorate für Forschung und für wissenschaftlichen Nachwuchs zum Arbeitsgesetzbuch

Im Arbeitsgesetzbuch erkennen wir ein hervorragendes Dokument unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, es ist die Krönung des jahrhundertelangen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse. Wir sind davon überzeugt, daß das vorliegende Arbeitsgesetzbuch mit seinen arbeitsrechtlichen Regelungen zur Erzielung unserer Werkstätten für die Erfüllung ihrer großen Pflichten beim Aufbau des Sozialismus beitragen wird. Das Gesetzeswerk wird unserem Volke zur breiten Diskussion vorgelegt und alle Menschen unseres Staates, aber ganz besonders die Menschen in Westdeutschland sehen dann, daß nur dort der einzige rechtmäßige deutsche Staat ist, wo das Volk die Macht in den Händen hält und die Gebiete im Interesse des Volkes beschlossen werden. Unsere DDR ist das Vorbild für das kommende geeinte Deutschland.

In der DDR ist die Heimstätte der wahren Wissenschaft und der Förderung des ungeschränkten wissenschaftlichen Fortschritts in Deutschland entstanden. Alle an unserer Uni. versität beschäftigten Kolleginnen und Kollegen haben hier ein breites und verantwortungsvolles Betätigungsfeld zur Unterstützung unserer Vorhaben in der Wissenschaft, damit

der Sozialismus in der DDR rasch zum Siege geführt wird.

Daraus ergeben sich für uns als Mitarbeiter der Prorektorate für Forschung und für den wissenschaftlichen Nachwuchs, als hauptamtliche Mitarbeiter der UGL und des Bildungszentrums besonders eine Reihe von Aufgaben zur Verbesserung der Arbeit mit den Menschen. So in der Unterstützung der sozialistischen Forschungsgemeinschaften, der Förderung der Neuerer- und Erfinderbewegung auf dem wissenschaftlichen Sektor und bei der Mitwirkung an Vorarbeiten zu Patentanmeldungen, in der Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs, bei der Verbreitung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete der Promotionen und Habilitationen und der Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses und der Arbeiter- und Bauernkader.

In allen weiteren Versammlungen, die wir über das Arbeitsgesetzbuch durchführen, werden wir immer davon ausgehen, daß sich aus den großzügigen Rechten auch große Pflichten ergeben und wir alles tun wollen, um unseren Staat durch unsere verantwortungsbewußte Arbeit zu stärken.

Kurz berichtet

Gastvorträge am Institut für Deutsche Literaturgeschichte

Am 11. 1. 1961, 11 Uhr, liest im Hörsaal 40 der Alten Universität Willi Bredel aus dem Manuskript eines bisher unveröffentlichten Hamburg-Erinnerungsbuches und aus ebenfalls bisher nicht veröffentlichten Abschnitten des Buches „Ein neues Kapitel“.

Am 12. 1. 1961, 14 Uhr, spricht Prof. Dr. Ognjanow, Universität Sofia, vor dem Oberseminar über „Johannes R. Bechers ästhetische Prinzipien“.

Am 20. 1. 1961, 10 Uhr, spricht im Hörsaal 40 der Alten Universität Dr. Klaus Wagenbach, Frankfurt/Main, über „Literaturhistorische Probleme der Kafka-Forschung“.

Selbständige Abteilung Technologie und Warenkunde

Der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen bestätigte die bisher dem Institut für Industriewirtschaftliche Fakultät angegliederte Abteilung Technologie und Warenkunde als selbständige Abteilung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Winterferienplätze

Beim Feriendienst der Universitäts-Gewerkschaftsleitung (Kollegin Seifert) sind noch Winterferienplätze für Januar und Februar 1961 erhältlich. Es handelt sich um 14-Tage-Plätze nach Thüringen, dem Zittauer Gebirge und dem Erzgebirge.

Das neue Mitgliedsbuch

(Fortsetzung von Seite 1)

Die wachsenden Ansprüche der sechziger Jahre gerecht zu werden. Der Sozialismus, aus wissenschaftlicher Erkenntnis geboren, bedarf großer wissenschaftlicher Leistungen und hervorragender wissenschaftlicher Persönlichkeiten, um im vor uns liegenden historischen Abschnitt den Sieg zu erringen. Die Mitgliedsbücher, die unsere Namen tragen und uns in diesen Taten ausgehändigt werden, sind feierliche Verpflichtungen jedes einzelnen Genossen, mit der Partei und in der Partei die großen Ziele zu erreichen, die sich die revolutionäre Arbeiterbewegung der ganzen Welt vor wenigen Wochen gesetzt und in der Moskauer Erklärung zusammengefaßt hat.

VERTEIDIGUNGEN

9. Januar 1961: Dr. Jürgen Runge, Thema: Zur Reaktion des Distickstoffperoxyds mit Olefinen, Säureamiden und -imiden Tetracyclhydranthracen. Über die Reaktion von Harnstoffnitrat mit Olefinen.

16. Januar 1961, 15 Uhr: Dipl.-Chem. Horst Steiner, Thema: Untersuchungen über die Kinetik und den Mechanismus der n-Heptan-Oxydation im Tieftemperaturgebiet, Institut für Verfahrenstechnik der organischen Chemie, Leipzig O 5, Permoserstraße 15, Klubzimmer.

17. Januar 1961, 15 Uhr: Dipl.-Chem. Doris Quass, Thema: Gaschromatographische Untersuchungen einfacher halogenierter aliphatischer Kohlenwasserstoffe, Institut für Verfahrenstechnik der organischen Chemie, Leipzig O 5, Permoserstraße 15, Klubzimmer.

Universitätszeitung, 10. 1. 1961, S. 2

Betriebsschwester Lilo: Weitere Verbesserung der Sozialfürsorge

„In unserer letzten Gewerkschaftsversammlung haben wir sehr ausführlich über den Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches diskutiert. Besonders interessiert mich persönlich das Kapitel 8 „Der Gesundheits- und Arbeitsschutz und die Sozialversicherung“. In meiner langjährigen Tätigkeit als Schwester sehe ich in dem neuen Arbeitsgesetzbuch u. a. eine weitere Verbesserung auf dem Gebiet der Sozialfürsorge. Im Gegensatz dazu hören und lesen wir, wie sich in Westdeutschland die soziale Betreuung der Bevölkerung immer mehr verschlechtert.“



Konsultation zum Arbeitsgesetzbuch (III)

Bei uns „iliegt“ kein Gewerkschaftsfunktionär

Die Arbeiter-und-Bauern-Macht schützt die Rechte der Gewerkschaften

Es war auf dem 6. Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Stahlwerke Südwestfalen-AG in Geisweid, Hans Polcyn, trat an das Rednerpult und rezitierte im Anschluß an seinen kritischen Diskussionsbeitrag ein Gedicht Tucholskys. Leidenschaftlich hatte der große Publizist der zwanziger und dreißiger Jahre in diesen Versen die Korruption von Arbeitern durch die Unternehmer angeprangert. Hans Polcyn fand völlig zu recht, daß die Worte des unbestechlichen Kritikers sehr treffend die Verhältnisse in der Bundesrepublik widerspiegeln, und eben deshalb gab er auf der Tribüne des Gewerkschaftstages das 1922 entstandene Gedicht wieder.

Was geschah? Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Stahlwerke wurde fristlos entlassen. Durch die kritischen Worte Polcyns und das Tucholsky-Gedicht hatte sich nämlich der Arbeitsdirektor des Werkes, ein gewisser Dr. Erich Dudziak, zutiefst getroffen gefühlt. Es geschah also das was in einem Staat an der Tagesordnung ist, in dem das Recht auf freie Meinungsäußerung eine Verfassungsphrase ist, in dem mit Notstandsgesetzen und Betriebsverfassungsgesetz gegen

die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte vorgegangen wird, in dem die Arbeiter und ihre Gewerkschaften terrorisiert werden, damit - wie man hofft - die Atomrüstung ungestört weitergeführt werden kann.

Hans Polcyn floh auf die Straße - ein Beispiel von vielen. Aber was dieses eine und die unzähligen anderen Beispiele gegenwärtig in einem besonders grellen Licht erscheinen läßt, das ist doch nicht zuletzt die Tatsache, daß zur gleichen Zeit in unserer Republik der Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches zur Diskussion vorliegt, der auch und gerade die hervorragende Rolle des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat dokumentiert. Hans Polcyn ist auf die Straße geflohen, weil er es gewagt hat, die Wahrheit zu sagen. Die Funktionäre und Mitglieder unserer Gewerkschaft, der Klassenorganisation der herrschenden, der Arbeiterklasse dagegen haben nicht nur das Recht, sondern sind sogar verpflichtet, in allen politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Fragen des sozialistischen Aufbaus entscheidend mitzusprechen. Das ist der Unterschied zur Westzone, der - wie auch hier zeigt - eine ganze historische Epoche umfaßt.

Es ist nur folgerichtig, daß die Stellung und die großen Rechte unserer Gewerkschaften, wie sie in der Präambel des Gesetzentwurfes im allgemeinen und speziell in den Paragraphen 4, 5, 6, 11 und 13 im einzelnen formuliert sind, daß die Tätigkeit der Gewerkschaft wesentlich geschützt ist. „Die gewerkschaftliche Tätigkeit steht unter dem Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht“, heißt es beispielsweise im Absatz 1 der Paragraphen 11. Und es wird weiter gesagt: „Die Arbeiter-und-Bauern-Macht gewährleistet dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund als Klassenorganisation der Arbeiterklasse das Recht, sich in den Betrieben gemäß seiner Satzung und seinen Beschlüssen frei und ungehindert zu betätigen. Wer die gewerkschaftliche Tätigkeit behindert wird zur Verantwortung gezogen.“ Fristlose Entlassung eines gewählten gewerkschaftlichen Interessenvertreters der Werktätigen? Aus jeder Zeile im Entwurf des Arbeitsgesetzbuches wird klar, daß es einen Fall wie den Hans Polcyns in unserer Republik nicht geben kann.

Sind schon die Fragen, die mit der Auflösung des Arbeitsvertrages bzw. der Kündigung usw. überhaupt zusammenhängen, ganz dem Interesse aller Werktätigen entsprechend fixiert (§§ 26 bis 30), so ist das in be-

sonderem Maße außerdem für die Gewerkschaftsfunktionäre geschehen. Der Absatz 3 im Paragraphen 11 sieht ausdrücklich vor, daß gewählten Funktionären - von den Gewerkschaftsvertreterselektoren angefangen - nur mit Zustimmung der jeweils übergeordneten Leitung gekündigt werden darf - ganz zu schweigen von fristlosen Kündigungen, die ausschließlich bei wirklich schwerwiegender Verletzung der sozialistischen Staats- und Arbeitsdisziplin erfolgen können.

Wenn wir davon sprechen, daß der Entwurf des Arbeitsgesetzbuches der DDR auch eine große nationale Bedeutung hat, dann vor allem deshalb, weil er den westdeutschen Arbeitern und Gewerkschaftlern sehr deutlich vor Augen führt, daß Willkür und Terror, Hechelmöglichkeit und soziale Unsicherheit in einem sozialistischen Staat ausgeschlossen sind, während das einen Staat der Monopole und Militaristen immanent ist. Auch das Beispiel Hans Polcyns bestätigt die Worte Walter Ulbrichts, „daß die Gewerkschaften... nur in der sozialistischen Gesellschaft in der Lage sind, dauerhafte Rechte und umfassende soziale Errungenschaften für die Arbeiter und Angestellten zu sichern.“

Günter Hofmann, Fabrikant für Journalistik